Justizkommission
Antrag

Vom 30. Januar 2025

Nr. 0050/2025

Petition «Steuerabzug Schulbeiträge»

Nichterheblicherklärung.

Für die Justizkommission:

Präsident:	Aktuarin:
Daniel Urech	Beatrice Steinbrunner

Sprecher/in der Kommission: Nadine Vögeli

Petition siehe Rückseite.

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

PET 0050/2025 (KR)

Petition «Steuerabzug Schulbeiträge»

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Schulgeld für privat getragene Schulen kann im Kanton Solothurn erst ab 21'600 Franken für ein Kind, ab 28'800 Franken für zwei Kinder und ab 32'400 Franken für drei und mehr Kinder vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Ich bitte Sie, diese Praxis in Frage zu stellen und eine Änderung des Steuergesetzes anzustreben. Dies aufgrund folgender Überlegung:

- Das Schweizer Bildungswesen ist auf eine vielfältige Schullandschaft angewiesen. Die Zahl der Schüler mit Schwierigkeiten in der Schule oder mit speziellen Bedürfnissen und Förderbedarf steigt. Keine Schule kann allen Kindern gerecht werden.
- Dank des grossen finanziellen und zeitlichen Engagements von Eltern und Lehrern existieren viele verschiedene Schulmodelle. Sie schaffen damit Alternativen für Kinder, die an der Staatsschule nicht zurechtkommen.
- Die alternative Schullandschaft entlastet die Gesellschaft, weil schwierige Schulkarrieren und teils auch Beschulung in Sonderschulen vermieden werden können. Zudem wird auch die Staatskasse entlastet, weil der Staat weniger Kinder beschulen muss.
- Die heutige Steuerpraxis im Kanton Solothurn bevorzugt aufgrund der unrealistisch hoch angesetzten Schulgelder elitäre Schulen und damit reiche Familien.
- Die heutige Steuerpraxis des Kanton Solothurn benachteiligt kinderreiche Familie: Weil an vielen Schulen das Schulgeld als Familienbeitrag und nicht pro Kind bezahlt wird, kommen grösstenteils – wenn überhaupt – nur Familien mit wenig Kindern in den Genuss eines Steuerabzugs.
- Mit der Möglichkeit, Schulgelder vom steuerbaren Einkommen abziehen zu können, zeigt der Kanton Wertschätzung und Anerkennung für die unverzichtbaren Leistungen staatsunabhängiger Schulen und deren Familien innerhalb der Bildungslandschaft.
- Der Kanton Bern hat dies bereits umgesetzt. So sind dort Steuerabzüge in der Höhe von 6200 Franken pro Kind im Rahmen der zusätzlichen Ausbildungskosten zulässig.
- Die generelle steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern ist ein Anliegen der Gesellschaft, wie die Einführung des Drittbetreuungsabzugs im Jahre 2009 zeigt.

Aufgrund der Inflation und weiteren zunehmenden finanziellen Belastungen wie höhere Krankenkassenprämien steigt der Druck auf die Familienbudgets. Es ist absehbar und bereits vernehmbar, dass sich vermehrt Familien aus der alternativen Schulszene zurückziehen müssen. Dies gefährdet die Vielfältigkeit der Schullandschaft und führt zu einer steigenden Belastung der Staatsschulen. Die Gewährung des Steuerabzugs für Schulbeiträge wird dieser Tendenz entgegenwirken können.

Ich danke Ihnen für die wohlwollende und sachliche Beurteilung meines Anliegens. Für weitergehende Ausführungen und für persönliche Gespräche stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Begründung: schriftlich.

Unterschriften: 1. Lorenzo Vasella (1)